

Antrag

der Abg. Hans-Ulrich Sckerl u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

**Vergütung der Überstunden der Polizei im Rahmen des
NATO-Gipfels 2009**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie viele Überstunden im Rahmen des Einsatzes anlässlich des NATO-Gipfels 2009 in Kehl und Straßburg von baden-württembergischen Polizistinnen und Polizisten abgeleistet wurden, aufgeschlüsselt nach Tag- und Nachtdienst;
2. ob die Polizeidienststellen angewiesen wurden, oder ob sie aus eigenem Ermessen darauf hingewirkt haben, die Überstunden zur Abrechnung einzureichen und nicht mit Freizeit auszugleichen und welche Gründe für dieses Vorgehen vorliegen;
3. ob es den Tatsachen entspricht, dass bis zum November 2009 keine dieser Überstunden ausbezahlt wurde;
4. ob es zutrifft, dass das Finanzministerium bislang keine Mittel zur Verfügung gestellt hat und wenn ja aus welchem Grund;
5. ob es andere Gründe für die bisherige Nichtausbezahlung gibt;

6. bis zu welchem Zeitpunkt die Auszahlungen erfolgen werden.

11. 11. 2009

Sckerl, Neuenhaus, Oelmayer, Pix, Wölflle GRÜNE

Begründung

Berichten betroffener Polizeibeamtinnen und -beamten zufolge, die anlässlich des NATO-Gipfels vom 31. März bis 5. April diesen Jahres in Straßburg und Kehl Überstunden abgeleistet haben, wurden diese bislang von Seiten des Landes noch nicht ausbezahlt. Den Berichten zufolge ergaben Nachfragen Betroffener, dass seitens des Finanzministeriums keine Gelder zur Verfügung stehen würden. Nähere Gründe sind nicht bekannt. Vor dem Hintergrund, dass nach Aussagen der Betroffenen die Dienststellen aufgrund Personalknappheit darauf gedrängt haben, diese Überstunden nicht durch Freizeit, sondern durch Auszahlung auszugleichen, ist dies den Beamtinnen und Beamten gegenüber ein unzumutbarer Zustand. Der Antrag will eruieren, welche Gründe einer Auszahlung dieser Überstunden entgegenstehen und zu welchem Zeitpunkt die Zahlungen dann tatsächlich vorgenommen werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 2. Dezember 2009 Nr. 3–040/38 nimmt das Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Überstunden im Rahmen des Einsatzes anlässlich des NATO-Gipfels 2009 in Kehl und Straßburg von baden-württembergischen Polizistinnen und Polizisten abgeleistet wurden, aufgeschlüsselt nach Tag- und Nachtdienst;

Zu 1.:

Es wurden 426.046 Mehrarbeitsstunden erfasst. Eine Aufschlüsselung nach Tag- und Nachtdienst liegt nicht vor.

2. ob die Polizeidienststellen angewiesen wurden, oder ob sie aus eigenem Ermessen darauf hingewirkt haben, die Überstunden zur Abrechnung einzureichen und nicht mit Freizeit auszugleichen und welche Gründe für dieses Vorgehen vorliegen;

Zu 2.:

Nach der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte (MVergV) gilt der Grundsatz des Vorrangs des Ausgleichs durch Freizeit vor der finanziellen Abgeltung. Jede Dienststelle entscheidet in eigener Verantwortung unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse,

der Interessen der betroffenen Bediensteten und des verfügbaren Budgets über die Abgeltung der Mehrarbeit.

3. ob es den Tatsachen entspricht, dass bis zum November 2009 keine dieser Überstunden ausbezahlt wurde;

Zu 3.:

Nein. Auszahlungen erfolgten mit den Gehältern

Juni bis September in Höhe von	15.768,22 EUR
Oktober in Höhe von	244.806,60 EUR
November in Höhe von	<u>1.266.642,16 EUR</u>
gesamt in Höhe von	1.527.216,98 EUR

4. ob es zutrifft, dass das Finanzministerium bislang keine Mittel zur Verfügung gestellt hat und wenn ja aus welchem Grund;

5. ob es andere Gründe für die bisherige Nichtauszahlung gibt;

Zu 4. und 5.:

Nein. Im Staatshaushaltsplan 2009 sind bei Kap. 0314 Tit. 422 71 Erl. Nr. 2 für die Mehrarbeitsvergütung 3,0 Mio. EUR veranschlagt. Diese Mittel sind zur Bewirtschaftung frei gegeben.

6. bis zu welchem Zeitpunkt die Auszahlungen erfolgen werden.

Zu 6.:

Die Auszahlungen sind abhängig von der Antragstellung durch die betroffenen Beamtinnen und Beamten.

Rech

Innenminister